65. Jahrgang. № 291. Donnerstag, 23. Juni 1921.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

# Das Urteil im Hölz-Prozeß.

## Lebenslängliches Zuchthaus.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

**Berlin, 22. Juni. Im Hölz-Prozeß wurde heute abend nach einstündiger Beratung des Gerichtshofes folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte wird wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag, versuchten Totschlag, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, sowie wegen zahlreicher übriger Straftaten zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe, sowie zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Ferner werden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt.**

### In der Urteilsbegründung

heißt es, daß das Gericht hinsichtlich der auf Mord lautenden Hauptfrage zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß Hölz den Gutsbesitzer Heß vorsätzlich und gemeinschaftlich mit anderen noch nicht bekannten Tätern getötet habe. Das sei durch die verschiedenen Zeugenaussagen bewiesen. Dagegen habe das Gericht nach reiflicher Ueberlegung die Frage, ob der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt habe, verneinen müssen.

Als darauf der Vorsitzende die Sitzung schloß, schrie Hölz: „Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache! Sie sind die Ruhälter der Justiz." Vorsitzender: „Der Angeklagte ist abzuführen." Hölz: „Ihr könnt das Wort verbieten, aber Ihr tötet nicht den Geist." Es kam zu einer erregten Szene zwischen dem Gefangenenwärter und dem Verteidiger Justizrat Fränkel. Letzterer behauptete, daß der Wärter den Angeklagten, um ihn am Weiterreden zu verhindern, geschlagen habe. Weitere Auseinandersetzungen wurden dadurch beendet, daß eine Anzahl von Polizeibeamten Hölz, der anscheinend noch weiter reden wollte, in die Mitte nahmen und ihn durch die Tür aus der Anklagebank herausdrängten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jäger, Rechtsanwalt Hegewisch und Justizrat Brob begleiteten Hölz bis zu seiner Zelle. (Der Bericht über die Schlußsitzung befindet sich auf der zweiten Seite.)

### Die Aburteilung des Hölz in Sachsen.

Nach den bisherigen Pressemitteilungen sollte sich bekanntlich Hölz nach seiner Aburteilung durch das Berliner Sondergericht auch noch vor einem sächsischen Schwurgericht verantworten wegen seiner im vergangenen Jahre in Sachsen verübten Brandstiftungen, Erpressungen und sonstigen Gewalttaten. Hierzu erfährt eine Dresdner Korrespondenz von unterrichteter Seite, daß dieser Prozeß nur dann stattfinden wird, wenn das Berliner Sondergericht Hölz nicht etwa schon von sich aus zum Tode oder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilen würde. Eine Verschärfung des Berliner Urteils wäre ja in diesem Falle doch nicht möglich. Man will darum die Hunderttausende von Kosten, die ein solch umfangreicher Prozeß verursacht, ersparen.

## Dr. Wirth über die neuen Steuern.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

**Berlin, 22. Juni. Im Reparationsausschuß bezeichnete Finanzminister Dr. Wirth als schwerste Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung die Frage, wie neben einer gewaltigen Belastung des Konsums, etwa durch Ausbau der Umsatzsteuer, auch der Besitz in höherem Maße zu den Lasten herangezogen werden könne. Hierfür kommt entweder eine Umformung des Reichsnotopfergesetzes oder ein Ausbau der Reichsvermögenssteuer in Frage, worüber zurzeit Erwägungen im Reichsfinanzministerium im Gange sind. Ohne schon ein abschließendes Programm für die gesamte Deckung zu geben, schilderte der Reichskanzler die Gesetzentwürfe, die zurzeit in Arbeit und bis zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Genannt wurden die Zuckersteuer, die Einführung des Süßstoffmonopols, die Aenderung des Branntweinmonopols, die neue Körperschaftssteuer, die Rennwettsteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Tabak-, Bier-, Mineralwassersteuer. Die Entwürfe sind sämtlich im Kabinett genehmigt. Geplant sind ferner eine Kapitalsverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß das Kabinett demnächst beraten kann. Die Erhöhung der Zölle, besonders auf Kaffee, Tee, Kakao und fertige Erzeugnisse ist vorgesehen. Besprochen wird z. B. die Frage der Erhöhung der Kohlensteuer, deren wirtschaftliche Folgen eingehend vorher geprüft werden müssen.**

### Die Erträge.

**Berlin**, 22. Juni. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß man mit einer Gesamteinnahme aus den neuen Steuern in Höhe von etwa 20 Milliarden Mark rechnen dürfe, wobei die Umsatzsteuer mit 2,5 bis 3 Prozent zugrunde zu legen wäre. Bei der Körperschaftssteuer soll man mit einem Mehrertrag bis zu zwei Milliarden Mark, bei der Tabaksteuer bis zu 900, Biersteuer bis zu 400, Branntweinsteuer bis zu 820 Millionen Mark rechnen. Man nennt ferner folgende Summen: Rennwettsteuer 150, Zündwarensteuer 30, Leuchtmittelsteuer 40, Kapitalsertragssteuer 370, Versicherungssteuer 200 Millionen Mark. Die Erhöhung der Zölle soll etwa 800 Millionen Mark und die Umsatzsteuer gar 12 Milliarden Mark erbringen. Man spricht davon, daß das Notopfer schon aus „politischen" Gründen nicht fallen gelassen werden könne und zu einer großen Erfassung des Besitzes ausgebaut werden solle.

## Amerikanische Bolschewistenschiffe?

**Paris, 22. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat die Regierung eine Untersuchung über das geheimnisvolle Verschwinden dreier amerikanischer Schiffe im Atlantischen Ozean eingeleitet. Man neige zu der Annahme, daß die Mannschaften gemeutert, ihre Schiffe nach Rußland gesteuert und sie den Bolschewisten ausgeliefert hätten. (W. T. B.)**

## Ein Räumungsabkommen mit General Höfer

**Oppeln, 22. Juni. Gestern fand eine Zusammenkunft zwischen dem englischen Oberkommandierenden General Henneker und dem Leiter des Selbstschutzes, General Höfer, statt. Die Zusammenkunft führte zur Vereinbarung der Räumung Oberschlesiens, und zwar zunächst bis zu einer bestimmten Linie, auf die sich die Insurgenten zurückziehen sollen. Diese Linie geht zwar nicht so weit in den Industriebezirk hinein, wie vom Zwölfer-Ausschuß verlangt worden war, umfaßt aber noch den Ort Hindenburg. Die Räumung soll innerhalb 36 Stunden nach erfolgter Annahme der Vereinbarung durch die Interalliierte Kommission erfolgen. Innerhalb 48 Stunden soll anderseits der Selbstschutz über die Grenze Leobschütz und Kronstadt zurückgehen. Innerhalb sieben Tagen sollen die Insurgenten die Grenze des gesamten oberschlesischen Gebietes überschritten haben.**

### Die Reichstagskommission bei General Hoefer.

**Oppeln**, 22. Juni. Die in Oppeln und Oberalogau stattgefundenen Besprechungen zwischen dem Zwölfer-Ausschuß, General Hoefer und den nach Oberschlesien entsandten Vertretern der Regierungsparteien ergaben Uebereinstimmung in allen Punkten. Insbesondere wurde der letzte im Einverständnis mit dem Zwölfer-Ausschuß gemachte Räumungsvorschlag des Generals Hoefer eingehend besprochen. Die Vertreter der Regierungsparteien erklärten ihr volles Einverständnis mit diesem Vorschlage. Sie erblicken in ihm die beste Garantie zu einer baldigen und reibungslosen Räumung Oberschlesiens. (W. T. B.)

## Die Verschacherung Oberschlesiens sicher?

**Paris**, 22. Juni. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat heute nachmittag unter dem Vorsitz von Poincaré eine Sitzung abgehalten, der Ministerpräsident Briand beiwohnte. Er sprach sich über die oberschlesische Angelegenheit, die Lage im Orient und über die Verhandlungen mit Deutschland aus. In Oberschlesien könne man nach den jüngsten Verhandlungen erwarten, daß sich die englische These, was die Rechtsauffassung anbetreffe, der französischen These nähern (!) werde, der auch die Regierung von Rom sich zuzuwenden geneigt sei. **Es scheine jetzt schon sicher, daß der Oberste Rat nur über ein einmütiges Abkommen entscheiden werde, das die Interalliierte Kommission allein oder mit Hilfe von Technikern, Diplomaten und Journalisten, die ihr beigegeben wurden, angenommen hat.** Die augenblickliche Kommission würde an Ort und Stelle verbleiben. Im Orient könne man auch eine gleiche Annäherung der französischen und der englischen These ins Auge fassen, der auch die italienische Regierung zustimme. Es scheine wahrscheinlich, daß die Türken und die Griechen in Anbetracht der kritischen Lage, in die eine neue Offensive sie bringen könnte, die angebotene Vermittlung der Alliierten annehmen würden. Die türkische Regierung müsse eine unerläßliche Freiheit erhalten und die Möglichkeit, ein Friedenselement zu werden, so daß sie mitinteressiert sei an den Interessen und dem Einfluß Frankreichs in der Levante.

## Protest gegen die polnische Deutschenhetze.

**Berlin**, 22. Juni. Der deutsche Botschafter in Paris hat am 21. Juni der Botschafterkonferenz eine auch den Regierungen in London und Rom mitgeteilte Note übergeben, in der auf Grund eines Berichtes über die schweren Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen Deutsche in den abgetretenen ehemaligen deutschen Gebieten in Ostrowo am 2. Juni hervorgehoben wird, daß die polnischen Behörden versäumt haben, rechtzeitig in entscheidender Weise zum Schutze der Verfolgten einzugreifen, obwohl ihnen die Anzeichen des sich vorbereitenden Pogroms nicht unbekannt geblieben sein konnten. Innerhalb zweier Jahre seien infolge der sich immer schwieriger gestaltenden Lebensverhältnisse für die nicht polnische Minderheit Tausende von Gewerbetreibenden, Handwerkern und Arbeitern zur Aufgabe ihrer Berufstätigkeit und zur Abwanderung aus dem abgetretenen Gebiete gezwungen worden.

Die Note sagt zum Schluß: Dieser Schutz, der den Minderheiten durch den Versailler Vertrag garantiert wird, fehlt im abgetretenen Gebiete, wie die Vorgänge in Ostrowo beweisen. Indem die deutsche Regierung die Vorgänge in Ostrowo zur Kenntnis bringt, beehrt sie sich, den Botschafterrat zu ersuchen, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollkommenen Schutzes der nationalen und religiösen Minderheiten zu lenken. (W. T. B.)

### Die Erdrosselung der deutschen Luftfahrt.

**Berlin**, 22. Juni. Zur Frage des Verbotes der Herstellung von Luftfahrmaterial hat die Botschafterkonferenz am 18. Juni folgende Entscheidung getroffen, deren Durchführung sie der interalliierten Luftfahrtüberwachungskommission übertragen hat. Die deutsche Regierung muß in kürzester Zeit das gesamte Luftfahrtmaterial, das im Widerspruch mit den Beschlüssen von Boulogne hergestellt worden ist, beschlagnahmen und der interalliierten Luftfahrtüberwachungskommission ausliefern. Es wird Aufgabe der Kommission sein, dieses Material in zwei Gruppen zu teilen. Das als militärisch charakterisierte Gerät wird endgültig den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Belgien überantwortet werden, da Artikel 198 des Friedensvertrages Deutschland die Unterhaltung einer militärischen Luftfahrt untersagt. Von dem als zivil charakterisierten Gerät sind gleichfalls 25 Prozent den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Belgien zu überantworten. Der Rest des zivilen Luftfahrtgeräts wird an Deutschland zu vollem Eigentum zurückfallen, sobald der deutschen Regierung die Ermächtigung erteilt sein wird, den Bau von Luftfahrtgeräten wieder aufzunehmen. (W. T. B.)

## England und Kemal-Pascha.

Unter den drei Aufgaben, deren Lösung der kanadische Premierminister Meighan unlängst in einer Parlamentsrede zu Ottawa der britischen Reichskonferenz zuwies, erscheint als die wichtigste die Festlegung eines allgemeinen Kurses der englischen Außenpolitik. Lloyd George hat diese Anregung umgehend aufgenommen und in einer Programmrede die Richtlinien der zukünftigen englischen Politik festgelegt: „das britische Reich," so sagte er, „von einem Ende der Welt bis zum andern, ist durch seine Ehre und durch seine Interessen an die Verträge gebunden, die es unterzeichnet hat. Wir müssen jedoch die Maßnahmen in Betracht ziehen, die unsere Sicherheit erfordert." Mit diesen zwei Sätzen ist letzten Endes soviel gesagt, daß Verträge nur solange für die englische Politik von Bedeutung sind, als durch sie die englischen Interessen und die „Sicherheit" des britischen Imperiums gewahrt werden. Solche Verträge aber bilden nach Lloyd Georges Auffassung die wahre Grundlage eines dauernden Friedens, sie müssen angenommen und durchgeführt oder aber ihre Annahme muß erzwungen werden. Offener und deutlicher hätte sich der englische Ministerpräsident kaum zu einer einseitigen englischen Interessen- und Gewaltpolitik bekennen können, krasser konnte der Standpunkt eines skrupellosen Egoismus nicht hervorgekehrt werden, als es in diesen Aeußerungen der Fall ist. England siegt, diktiert „Verträge", und diese Verträge sind heilig und unantastbar, sind bindend für die unterdrückten Nationen, solange die „englische Sicherheit" mit der Erfüllung der Diktatbestimmungen gewährleistet erscheint. Wenn man im Zeitalter des Absolutismus und der unverhüllten Eroberungskriege einer solchen Auffassung des Verhältnisses überlegener Völker zu kleineren Mitvölkern begegnet wäre, so würde man sich darüber nicht sonderlich verwundern, in den Tagen des Völkerbundes aber und der angeblichen Achtung vor der Hoheit der Menschen- und Völkerrechte mutet es wie ein Hohn auf alle Versicherungen der Gleichberechtigung der Nationen an, wenn der führende Mann eines ersten Kulturvolkes, der mit den Begriffen Freiheit und Recht sonst nur so um sich zu werfen pflegt, ohne alle Scham das Evangelium der schnöden Gewalt predigt. Verträge sind also doch nur Papierfetzen, die von der englischen Willkür zerpflückt werden können, sobald eine zufällige Umgruppierung der Mächte oder sonst ein Anlaß sie nicht mehr als hinreichend für den dehnbaren Begriff der britischen Sicherheit erscheinen lassen. Diese neue und doch so alte Lehre der britischen Reichskonferenz wird manchem freiwilligen oder auch unfreiwilligen englischen Vertragspartner zu denken geben. Man wird sich überlegen, ob es unter diesen Voraussetzungen ratsam erscheint, eine Allianz mit England einzugehen, oder sich auf eine bestehende zu verlassen. Das gilt für Rußland ebenso wie für Frankreich. Und in Angora wird man sich darüber freuen, vorsichtig genug gewesen zu sein, die englische Annäherung zurückgewiesen und das Friedensdiktat nicht anerkannt zu haben.

Denn in keinem anderen Lande der Welt hat man mit so viel Erfolg, aber auch mit so viel Zähigkeit und Begeisterung die englischen Gewaltpläne durchkreuzt und bis zur Stunde zunichte gemacht, wie in dem kleinasiatischen Herrschaftsgebiete des genannten nationaltürkischen Führers. Mag dessen Persönlichkeit für uns, die wir nur auf Grund von Gerüchten uns von ihm ein Bild zu entwerfen in der Lage sind, nicht klar umrissen erscheinen, mögen orientalische Verschlagenheit und die Abenteuerlichkeit politischer Schachzüge, die auf ihn zurückgehen, sein Charakterbild trüben, soviel ist sicher, daß er durch seine Tatkraft und seine zweifellos tiefe Vaterlandsliebe, die ihn unter den ungünstigsten Auspizien das Werk beginnen ließen, das jetzt eine ungeahnte Bedeutung gewinnt, sich die Sympathien einer großen Weltgemeinde erworben hat. Er ist der Befreier seines Volkes, dessen Name durch den Vertrag von Sèvres von der europäischen Landkarte getilgt werden sollte. Seine Ziele waren ihm von Anfang an durch die Vertragsbestimmungen klar vorgeschrieben. Es galt, der um zwei Drittel ihres Besitzstandes beraubten Türkei zu territorial erträglichen Bedingungen zu verhelfen, es galt ferner, die Finanz- und Justizhoheit dem entrechteten Lande zurückzugewinnen, und endlich, ihr eine Streitmacht zu erhalten, die ihren Lebensnotwendigkeiten und ihrem Schutze wirklich entspricht. Die 45 000 Gendarmen, die auf der Londoner Konferenz als ausreichende Sicherheitstruppe, als Ersatz für die einst mächtige türkische Armee angesehen und bewilligt wurden, bedeuten bei der Ausdehnung selbst des verringerten türkischen Besitzstandes eine Lächerlichkeit, mit der sich Mustafa Kemal nicht lange befaßt hat. Die Stärke seiner Truppen beläuft sich gegenwärtig nach vorsichtigen Schätzungen auf 180 000 bis 200 000 Mann. Ihre Kampfesausrüstung soll gut sein. Nach einer neuen Vereinbarung mit Moskau sollen die Bolschewisten die Munitionsversorgung der kemalistischen Armee übernommen haben, eine Tatsache, die zwar wenig verheißend klingt, die aber bei den engen Beziehungen zwischen Angora und Moskau immerhin möglich ist. Wie dem auch sei, die kemalistischen Truppen haben es fertig gebracht, den griechischen Ansturm, dessen letzter Zweck es war, in englischem Sinne die Erzwingung des Vertrages von Sèvres zu besorgen, zu brechen. Die letzte große griechische Offensive ist gescheitert, der griechische Vormarsch längst zum Stehen gekommen. Aus Lageberichten, die nicht über Athen kommen, geht hervor, daß Mustafa Kemal im Norden am Marmara-Meer, in der Mitte an der Bahn Smyrna—Aidin—Karahissar und im Süden im Mäander-Tale mit Erfolg angreift, und daß seine Spitzentruppen im Zentrum nur noch wenige Kilometer von dem erstrebten Ziele, von Smyrna, entfernt stehen. Diese glänzende milit-